

Deutsche Landzeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 96. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 200.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstraße 87, hinterhaus.
Telephon 158; Redaktion Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr.
Verantwortl. Dr. Walter Gersdorff in Halle a. S.

Zweite Ausgabe
Dienstag, 26. Februar 1907.

Geschäftsstelle in Berlin: Delfauerstraße 14.
Telephon Amt VI a Nr. 11494.
Zred und Serim von Cito Zietze in Halle a. S.

Deutsches Reich.

*** Anträge beim Reichstage.** Die Nationalen brachten im Reichstage einen Antrag Kaisermann-Heine ein, der die schleunige Verlegung eines Gesetzentwurfes verlangt, durch den die Berechtigung der Mitglieder des Reichstages oder anderer abgegebener Versammlungen sichergestellt wird, wegen Beschlüssen, was ihnen in Ausübung ihres Berufes anvertraut worden ist oder was sie in Ausübung ihres Berufes anderen anvertrauten, das Zeugnis zu verweigern.

Ferner haben die Nationalen folgende Initiativanträge eingebracht. 1. Kaisermann: einen Gesetzentwurf vorzutragen, durch welchen die unmittelbare Haftung des Staates und anderer juristischer Personen des öffentlichen Rechts für den von ihren Beamten bei Ausübung der ihnen anvertrauten öffentlichen Gewalt zugefügten Schäden grundsätzlich ausgeschlossen wird. 2. Wed. Heibelberg: Die Verhältnismäßigkeit der Beamten und Unterbeamten im Verhältnis zum Beginn des nächsten Etatsjahres einer zeitgemäßen Neuordnung zu unterziehen, durch einen Nachtragsetz für das laufende Jahr alle Beamten unter 4200 M. Gehalt aufzugeben.

3. Ortelt: Den Reichsbeamten in Polen und Preußen schon für 1907 Diminutionen zu gewähren. 4. Dr. Dann: Eine Vorlage über den Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses vorzulegen. 5. Kaisermann: Ein Verzeichnis der Beamten zu schaffen, mit der Angabe, daß auf baseliebige die Dotationen und Pensionen der Kommission für Verfechtungsbekämpfung und dem Vertreter der Arbeiter und Arbeiterinnen alsändige Mitglieder angehören. 6. Wed. Heibelberg: Einen Entwurf vorzulegen, welcher das Verzeichnis und Veranlagungsrecht für alle Bundesstaaten einheitlich ordnet. 7. Neuner: Einen Entwurf betreffend die Unfallvorsorge für Arbeiter, welche freiwillig für Rettung von Personen und zur Bergung von Gegenständen vorgenommen werden, vorzulegen. 8. Ortelt: Ein Hilfsmittelgesetz vorzulegen.

9. Wed.: Eine Novelle zum Gesetz über den Erwerb und Verlust der deutschen Reichs- und Staatsangehörigkeit vorzulegen, dahingehend, daß ein Deutscher gegen seinen Willen die Reichsangehörigkeit nicht verlieren kann, auch nicht bei nachfolgender Abwesenheit, die Naturalisation von Nichtdeutschen von Deutschen erleichtert, von Ausländern erleichtert wird. 10. Kaisermann: Einen Entwurf vorzulegen, welcher bezüglich der Gebühren von Rechtskonsulten, Beamten von Krankenkassen, Versicherungsgesellschaften, Vereinen, Anstalten usw. über Arbeitszeit, Rüdigungssfrist, Sonntagsruhe Vorschriften ähnlich denen für Handelsangestellte erläßt. 11. Dr. Jundt: Lieferung der Bahnhöfen auf Reichsosten.

Dem Reichstage ging weiter ein Antrag Arendt. Man scheidet auf Einführung der Wehrverweigerung, die für die Vorkämpfer von Invaliden und Veteranen verwendet werden soll. Ferner brachte das Zentrum eine Interpellation betreffend den gegenwärtigen Stand der Strafprojekte ein. Endlich ging ein Antrag Dirksen ein auf Gewährung einer dem heutigen Verhältnisse entsprechenden Gehaltsaufbesserung für die unteren und mittleren Reichsbeamten oder auf Gewährung einer der gegenwärtigen Verteuerung der Lebenshaltung entsprechenden vorläufigen Zulage.

*** Beide Majestäten** unternahm Sonntag nachmittags in Begleitung des Prinzen Oskar und der Prinzessin Viktoria Luise eine Automobilfahrt mit anschließendem Spaziergang am Grunewald. Montag morgen hatte der Kaiser eine Besprechung mit dem Reichskanzler in dessen Palais, wohnte von 10 Uhr ab der Schlußbesprechung des Wehrverweigerung der Militär-Turnamtlieb bei, welche bis 11^{1/2} Uhr dauerte, empfing im königlichen Schloße den Prinzen Philipp von Croon zur Rückgabe der Orden des Herzogs Carl von Croon und hörte den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts. Vor der Frühfrühstunde empfing Seine Majestät den zum Flügeladjutanten des Königs von Württemberg ernannten württembergischen Militärbevollmächtigten Obersten von Dorrer. Zur Frühfrühstunde bei Ihren Majestäten waren anlässlich des Geburtstages des Königs von Württemberg Gefandter v. Karnhäuser und die Herren der württembergischen Gesandtschaft geladen. Nachmittags begab sich Seine Majestät im Automobil nach Potsdam zu einem Besuch der Erzherzogin Johanna und der Prinzessin Emanuel Salin und abends nahm der Monarch an dem Fest der alten Herren des Regiments Gardes du Corps teil.

*** Russische Offiziere** bei Kaiser Wilhelm. Eine Abordnung des Kaiserregiments, bestehend aus dem Kommandanten und fünf Offizieren, ist wie uns aus Petersburg gemeldet wird, am 25. c. nach Berlin abgereist, um Kaiser Wilhelm, der Chef des Regiments ist, ein Schloßentempel, das die Erinnerung der Abmontierung durch das Regiment darstellt, zu überbringen.

*** Prinz Eitel Friedrich** wurde nach Meldung des „Staatsanwalter“ zum Ehrenritter des Hohenzollernordens ernannt.

*** Kolonialdirektor Dornburg** beabsichtigt seine erste Kolonialreise, für welche vier Monate in Aussicht genommen waren, auf Deutsch-Ostafrika zu beschränken und geht laut Meldung des Berliner „M.“ die Reise unmittelbar nach Schluß der Reichstagsession, die etwa Mitte Mai zu erwarten sein dürfte, angetreten.

Die Beschlüsse der Algerien-Konferenz und deren Ausführung, folgende Einzelheiten werden bekannt über die Befugnisse, die Zusammenlegung und den Geschäftskreis der aus Vertretern

europäischer Staaten und Karolikern zu bildenden Kommissionen, welche die Rechte zu limitieren haben, wie die Beschlüsse der Algerien-Konferenz zur Ausführung zu bringen sind. Die zweite Kommission hat sich mit der Steuer auf feldfähige Bauten zu befassen, von der ein Teil für die Erfordernisse der Begehren und der Unterhaltung der Städte bestimmt ist. Die Steuer wird die marokkanischen und europäischen Eigentümer treffen. Die Veranlagung zu dieser Steuer wird durch eine Verordnung geregelt werden. Diese Kommission setzt sich aus den Gesandten Österreich-Ungarns und Englands, den italienischen Geschäftsträger und drei marokkanischen Delegationen zusammen. Die dritte Kommission hat sich mit den Subventionen und Erleichterungen zu tun, die die Vorbereitung zu studieren, die durch die Artikel 66, 107, 114, 117 und 118 der Algerienakte vorgesehen ist. Die Kommission ist gebildet aus dem Gesandten Frankreichs, Deutschlands und denjenigen marokkanischen Delegierten, welche der zweiten Kommission angehören.

Deutscher Reichstag.

3. Sitzung vom 25. Februar 1907, 1 Uhr.
Am Bundesratspräsidenten: Graf Pofadowski, Freih. von Stengel, v. Zirpitz, Praetzel, Dr. Wiederberg, Dornburg, v. Loebel.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten mit der Mitteilung von dem Empfang des Präsidiums durch den Kaiser. Seine Majestät der Kaiser habe seine besten Wünsche für die Fortdauer des Reichstages ausgesprochen. Er teilt ferner mit, daß Graf Pofadowski in der Wohnung des Präsidenten ein vom Professor William Ruge gemaltes Kaiserbild gestiftet hat. Unter dem lebhaften Beifall des Hauses nimmt der Präsident dieses hochherzige Geschenk des früheren ersten Präsidenten entgegen.

Am Schluß der Sitzung wird auf Einleitung eines gegen die Schenkung eines Reichstages auf Einleitung eines gegen die Dauer der Tagung wird angenommen. Darauf tritt das Haus in die erste Lesung des Etats.
Schabteiler (Ztr.) Dr. Stengel: Das Etatsjahr 1905 ist durch die Schenkung der neuen Bundesverträge ganz außerordentlich günstig beeinflusst worden. (Lachen rechts). Die Reichseinnahmen an Zinsen gehen als Etatstil betragen in diesem Jahre nicht weniger als 90 Millionen Mark. (Hört, hört!) Das überraschend günstige Ergebnis des Jahres 1905 ist nicht zum wenigsten auch auf die ungenügende Einzahlung der Steuern bei den verschiedenen Regierungen zurückzuführen, insbesondere auch bei Meer und Marine. Eigentlich hat nur eine Einnahmeverwaltung, die Reichspost- und Telegraphenverwaltung, ihren Ausgaben-Etat erheblich überschritten, um 7 1/2 Millionen. Einen Mittelüberschuß in Höhe von 17 1/2 Millionen hat die Zuckersteuer ebracht.

Am allgemeinen dürfen die Voraussetzungen aber ziemlich getroffen. Insbesondere entsprechen die Einnahmen aus den Steuern den Erwartungen. Vertriebigend nicht nur im finanziellen Interesse, sondern auch nach dem Zweck der Gesetzgebung ist das Ergebnis der Differenzierung von Maß, und anderer Geringe. (Wiederbrech rechts). Zagegen werden aber Voraussetzungen nach die Einnahmen aus den Vertriebigend-Einnahmen sehr erheblich hinter den Voraussetzungen zurückbleiben. (Hört, hört!) Die Meeresverträge aus der Zigarettensteuer, dem Frachtfuhrer-Etat sein. Bei der Zuckersteuer rechnen wir auf eine Mehreinnahme von 9 bis 9 1/2 Millionen. Den Reichsamt-Einnahmen ein schließlich der Posten-Einnahmen vor den Reichsamt ist nur eine Aufwandsjahres vorgenommen Berechnung für das Reich allein eine Mehreinnahme von 12 1/2 Millionen ergeben. (Dr. Arendt: Leider nur! Lachen links). Im Zusammenhang mit der Berechnung der Ausgabenposten, insbesondere über die sozialen Gesetzgebung ist die vorliegende Rechnung sehr erheblich von der Reichsstatistik zu unterscheiden. (Hört, hört!) Die Meeresverträge, aus der Unfallversicherung um 1. Januar allein 142 Millionen Mark (Hört, hört! rechts), erhöht der Schabteiler, wie in jedem Jahre, die Menge über die ungenügende Ausstattung der Betriebsposten und betont die Notwendigkeit ihrer Verkleinerung. Es ist überhaupt grundsätzlich berechtigt, den Berufsangehörigen mit einer Maßnahme unter die Arme zu greifen, die bei geldmappen Zeiten unvorteilhaft sein dürfte. (Wiederbrech rechts und links). Die verbundenen Regierungen haben bei der Unfallversicherungsnotelle von 1899 den Versuch zur Hilfe gemacht; er scheiterte leider an dem Widerstand der großen Mehrheit des Hauses. Demnach ist der Berichterstatter die Hoffnung aus, es werden sich schon Mittel und Wege finden, um der Schwierigkeiten Herr zu werden; die stenographische Bericht verzeichnet an dieser Stelle „große Heiterkeit und Bravo“. Bis jetzt ist dieses Ausspruch noch nicht gelungen.

Der Schabteiler gibt am Schluß seiner Ausführungen über das Etatsjahr 1906 seiner Meinung Ausdruck über die wichtige Besserung, die der Reichshaushalt durch die im vorigen Jahre zustande gekommene Steuerreform erfahren hat. Das muß zum Bewußtsein kommen, wenn man sich vorhält, daß die Finanzverwaltung bei der Vorbereitung des Etatsabschlusses für 1906 einen Defizit von 240 Millionen Mark gegenüberbrachte. Würde die vorliegende Reform gescheitert, dann wäre in der Zeit nicht abzugehen, wie der Haushalt des Reiches auch nur halbwegs gerundet werden könnte. Obgleich infolge der Reparaturierung eines großen Teiles der Posterte für die Witten- und Waisenversicherung ein Defizit aus für das Jahr 1907 von 63 Millionen noch bleibt und eigentlich eine weitere Steuererhöhung erforderlich wäre, haben die verbundenen Regierungen sich doch entschlossen, von der Einführung einer höheren Steuererhöhung zunächst abzugehen und einzuschließen, die weitere Entlastung der Zoll- und Steuererträge abzuwarten. Sie geben sich aber dabei die bestimmte Erwartung an, daß der Reichstag nicht verlegen wird, wenn es gilt, den Einzahlungen eine unrettungslöse Last der Matrifularbeit abzugeben. Am vorigen Jahre hat die Budgetkommission ausdrücklich anerkannt, daß die be-

willigten Steuern nicht ausreichen. Im neuen Etat erfordern die Reichsämter, die den mehren teils auf den höheren Frieden liegende Ausgaben, jene in den Ausgaben für die soziale Gesetzgebung, diese im Militär-Etat ein Mehr von 38 Millionen für die Verbesserung und Ergänzung der Waffen. Für die Kolonialforderungen wird der Reichstag es gewiß an der erforderlichen Bewilligung nicht fehlen lassen. Der Schabteiler schließt mit einem nochmaligen Mißbilligung auf die Steuerreform, mit der es gelungen ist, das chronische Defizitmillionenbestand zu beseitigen und auf dem Wege der Sanierung des Reichshaushalts einen gewissen Schritt vorwärts zu tun.

Ag. Dr. Esch (Ztr.): Um den Etat richtig wirbeln zu können, muß man die Positionen ins Auge fassen, die nicht unter die durchlaufenden Posten fallen. Das ergeben sich 1487 Millionen Einnahmen, denen, einschließlich der Schuldzinsen in Höhe von 127 Millionen, Ausgaben im Betrag von 1550 Millionen gegenüberübersehen, also ein Defizit von 63 Millionen, das der Schabteiler auf die Matrifularbeit legen zu können glaubt. Zu bedenken ist aber dabei, daß die neue Anleihe auf den Geldmarkt wieder stark drücken wird; ist doch die Anleihe des laufenden Jahres 1906 von dem Konjunktur-Ansatz von 1550 Millionen untergebracht. (Hört, hört!) Es ist richtig, 45 Millionen sind für die Witten- und Waisenversicherung vorgesehen, es tut mir leid, daß der Schabteiler diesen Befehl des Hauses demgemäß erwähnt hat (Zehr wahr! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten), 50 weitere Millionen als Ausgaben für die Anleihebewilligung. Darnach verbleibt nur ein verhältnismäßig geringer Betrag, der für andere Zwecke als für die Zwecke der Waisenstellung des Reiches aufbewahrt wird. Ich fühle diesen Gesichtspunkt in den Vordergrund, weil der Reichstag in der vergangenen Wahlperiode in verschiedenen Neuerungen es bemerkt hat, als ob der Reichstag nicht die Mittel habe notwendig für die Erfüllung der Aufgaben, die ihm obliegen, erfordern. (Hört, hört!) Für Meer und Marine bleiben von den 1487 Millionen Einnahmen nicht weniger als 1080 Mill. zur Verwendung. Dazu treten noch 115 Millionen Mark für Kolonial-Expeditionen nach Ostafrika und sonstige kleinere Ausgaben. Das ist leicht zu sagen, wie können jetzt nicht mehr für die Beamten tun; die Beamten können aber mit ihren gegenwärtigen Gehältern nicht auskommen. (Rufschall). Die unteren Beamtengehälter sind so niedrig besetzt, daß, wenn die Familien auch nur das geringste Unglück trifft, auch nur ein Kind geboren wird, die Lebens im die schwerste Notlage geraten. (Zehr wahr!) In Betracht kommen dabei auch die zahlreichen Arbeiterkategorien, die direkt oder indirekt für das Reich arbeiten. Die verbundenen Regierungen haben ja nun den Wunsch nach einer neuen Steuererhöhung, und der Schabteiler beruft sich auf das vorjährige Zustand der Budgetkommission. Das kann für den neuen Reichstag nicht maßgebend sein. (Hört, hört!) Wir stehen auf dem Boden der selbständigen Prüfung der Verhältnisse.

Während dieser Ausführungen erscheint der Reichskanzler im Saal. Der Redner spricht über die wirtschaftliche Konjunktur und wendet sich dem gegen den preussischen Finanzminister, der zu Unrecht bei der günstigen Konjunktur auf die Tätigkeit der Subjekte einen großen Nachdruck gelegt habe, während in Wirklichkeit die Verfeinerungsindustrie den Hauptanteil habe. Nach einem Mißbilligung auf die Wirksamkeit der Handelsverträge geht der Redner auf die Witten- und Waisenversicherung ein. Mit großer Bestimmtheit, daß die Deutsche Reich ist bezüglich den Beziehungen zu den drei Bundesstaaten, in guten und fortsetzen zu den anderen Staaten befindet, und mit Freude haben wir auch die Bemerkung der Theoriede gehört, daß die verbundenen Regierungen entschieden unabhängig von der Parteipolitik die soziale Gesetzgebung im Sinne ihrer Verträge zu fördern. Der Reichskanzler hat von der Paarung des konstitutionellen und liberalen Geistes gesprochen. (Seiterlein im Ztr.) Die Erklärung des Reichskanzlers zeigt doch, daß wir vor der Tatsache stehen, daß in der inneren Politik eine Schwächung vorgenommen wird. Die Theoriede stellt ebenfalls als einziges Gesetz nur einen alten Antrag des freiwilligen Ag. Wandel in Aussicht, den über Majestätsbeleidigung. Wir haben dagegen natürlich nichts. Der Reichskanzler hat erklärt, die verbundenen Regierungen wollten keinen Kampf gegen die katholischen Landsteuern, gegen die katholische Religion. Sie wollten den religiösen Frieden, die religiöse Gleichberechtigung, volle unerschütterlichkeit. Das Wort des Reichskanzlers in Ehren, aber schauen Sie doch nach Preußen, nach Braunschweig, Sachsen, Mecklenburg, ist da Gleichberechtigung unserer Orden, unserer Ordensschwärmer? (Sämberer Beifall im Zentrum.) Der Reichskanzler hat gesagt, uns im Zentrum keine im Mittelpunkt die Religion nur zur Sicherung unserer politischen Machtstellung bedient, das haben wir gar nicht nötig, im Wahlkampf mit konfessionellen Mitteln zu arbeiten. (Zehr richtig! im Ztr. Schallendes Gelächter rechts und links.) Der Wahlkampf hat gezeigt, daß wir die Macht über die Gemüter unserer Wähler noch nicht verloren. (Zehr richtig!) Wir dürfen für uns die Anerkennung in Anerkennung in Anerkennung, daß wir seit 30 Jahren stets eine Parteiinteresse nur in vaterländischem Interesse gehandelt haben. (Schallendes, minutenlanges Gelächter, gegen das der Redner mit der Wiederholung dieser Behauptung vergeblich aufzukommen sucht.) Er erklärt, nachdem sich das Haus bezüglich zum dritten Male zu dem Reichskanzler, daß wir seit 30 Jahren stets eine Parteiinteresse nur in vaterländischem Interesse gehandelt haben. (Schallendes, minutenlanges Gelächter, gegen das der Redner mit der Wiederholung dieser Behauptung vergeblich aufzukommen sucht.) Er erklärt, nachdem sich das Haus bezüglich zum dritten Male zu dem Reichskanzler, daß wir seit 30 Jahren stets eine Parteiinteresse nur in vaterländischem Interesse gehandelt haben. (Schallendes, minutenlanges Gelächter, gegen das der Redner mit der Wiederholung dieser Behauptung vergeblich aufzukommen sucht.)

Der Reichskanzler hat erklärt, nachdem sich das Haus bezüglich zum dritten Male zu dem Reichskanzler, daß wir seit 30 Jahren stets eine Parteiinteresse nur in vaterländischem Interesse gehandelt haben. (Schallendes, minutenlanges Gelächter, gegen das der Redner mit der Wiederholung dieser Behauptung vergeblich aufzukommen sucht.) Er erklärt, nachdem sich das Haus bezüglich zum dritten Male zu dem Reichskanzler, daß wir seit 30 Jahren stets eine Parteiinteresse nur in vaterländischem Interesse gehandelt haben. (Schallendes, minutenlanges Gelächter, gegen das der Redner mit der Wiederholung dieser Behauptung vergeblich aufzukommen sucht.)



